



Landeshauptstadt Magdeburg

Dezernat Finanzen und Vermögen

Schuldenbericht 2015



otto informiert otto investiert otto finanziert otto spart

Impressum

Herausgeber:

Landeshauptstadt Magdeburg
- Der Oberbürgermeister -
Dezernat Finanzen und Vermögen
Julius-Bremer-Str. 8-10
39104 Magdeburg

Redaktion und Autoren:

Klaus Zimmermann (Bürgermeister und Beigeordneter für Finanzen und Vermögen)
Dr. Andreas Hartung (Fachbereichsleiter Finanzservice)
Annette Behrendt (Fachdienstleiterin Forderungsmanagement, Finanzbuchhaltung- Kasse, Schulden- und Kreditmanagement)
Stefan Siebert (Teamleiter Schulden, Kredite, Finanzvermögen)
Madlen Elbert (Team Schulden, Kredite, Finanzvermögen)

Grafik, Layout und Druckvorbereitung:

Stefan Siebert

Druck und Vervielfältigung:

Landeshauptstadt Magdeburg
Zentrale Vervielfältigung

Auflage / Erscheinungsjahr:

100 / 2016

Bildnachweis Titel:

Bild oben links: Eröffnung Stadtteiltreff „Oase“ im Stadtteil Neustädter See
Bild Mitte rechts: Sanierungsmaßnahme Grundschule „Am Pechauer Platz“
Bild unten links: Eröffnung Kita „Moosmutzel“

Rechte Fotos: Landeshauptstadt Magdeburg

Tel.: 0391-540-0

www.ottostadt.de

Urheberrechtliche Hinweise:

Ein Download, Ausdruck oder Wiedergabe auf andere Weise (vollständig oder in Teilen) ist ausschließlich für den eigenen, internen und nicht kommerziellen Gebrauch gestattet. Dabei ist stets ein Quellenverweis deutlich erkennbar anzubringen.

Vorwort

Hinter uns liegt ein sehr bewegtes und ereignisreiches Jahr 2015. An den Weltbörsen ging es auf und ab. Die Anleiheaufkaufprogramme der Notenbanken und die geopolitischen Ereignisse in der Ukraine und in Syrien sowie die Terroranschläge in Frankreich dominierten das Zeitgeschehen im Jahr 2015.

Zudem verschärfte sich die Verschuldungskrise insbesondere bei einigen Schwellenländern wegen des starken US-Dollars und der stark fallenden Rohstoffpreise, was auch zum Einbruch einiger Schwellenländerwährungen führte, wie zum Beispiel in Brasilien, Russland, Südafrika und der Türkei.



Gold und Silber enttäuschten im Jahr 2015 als „Anti-Krisen-Währungen“. China importierte und exportierte viel weniger als zuvor, die Verschuldung der dortigen Firmen nahm rasant zu und bei den Schattenbanken gab es eine Pleitewelle der Hedgefonds. Insgesamt brach der Welthandel um 8 Prozent ein.

Die Wirtschafts- und die Geldpolitik werden in der heutigen Zeit nicht vom freien Spiel der Märkte bestimmt, sondern von den Zentralbanken. Das gilt für die EZB ebenso wie für die US-Notenbank Fed.

Während die Fed am 16. Dezember 2015 seit neun Jahren zum ersten Mal wieder ihren Leitzins um 0,25 Prozent erhöht hat, senkte die EZB am 10. März 2016 den Minuszins für Bankeinlagen von minus 0,3 Prozent auf minus 0,4 Prozent und den Hauptrefinanzierungssatz von 0,05 Prozent auf 0,00 Prozent ab. Die milliarden schweren Wertpapierkäufe wird sie voraussichtlich bis zum Frühjahr 2017 noch ausweiten.

In der Euro-Zone werden der EZB zufolge die Preise langsamer steigen als bislang angenommen. Es wird eine Inflationsrate von knapp unter 2 Prozent angestrebt. Um dieses Ziel mittelfristig zu erreichen, flutet die EZB noch länger billiges Geld in die Wirtschaft. Die Gefahr einer Deflation besteht weiterhin.

Die deutsche Wirtschaft wuchs im Jahr 2015 in allen vier Quartalen mit stabilen Raten zwischen 0,3 und 0,4 Prozent gegenüber dem Vorquartal. Zeitweilige Rückgänge bei den Exporten und infolgedessen auch bei der Industrieproduktion wurden durch eine starke Binnennachfrage mehr als kompensiert. Der private Konsum profitiert genau wie die private Bautätigkeit von steigenden Erwerbstätigenzahlen, wachsenden Realeinkommen und den anhaltend sehr niedrigen Zinsen.

Darüber hinaus lassen die Flüchtlingsströme den Bedarf an günstigen Mietwohnungen gerade in den wirtschaftlich attraktiven Ballungsräumen noch weiter steigen. Zugleich ziehen die öffentlichen Konsumausgaben wegen der Zuwanderung notwendigerweise spürbar an, ohne bislang die Staatsfinanzen zu überfordern.

Risiken bei der Bewältigung der Aufgaben gibt es viele, dabei weniger auf nationaler Ebene. Überwiegend sind sie europäisch und international bedingt.

Langwierige Kontroversen in Europa wegen des Flüchtlingszustroms, Rückschläge in den Reformländern oder eine zunehmende Nervosität im Vorfeld der für den 23. Juni 2016 angekündigten Abstimmung über den Brexit könnten das Vertrauen in den Aufschwung ebenso beschädigen wie ungünstige geopolitische Entwicklungen, zum Beispiel durch neue Terroranschläge.

Auch ist nicht auszuschließen, dass der sehr niedrige Ölpreis und die Lage an den Finanzmärkten die Weltwirtschaft als Ganzes stärker belasten als angenommen. Gegebenenfalls könnte das deutsche Realwachstum 2016 und 2017 spürbar geringer ausfallen als 2015.

Die Landeshauptstadt Magdeburg wird 2016 weiter investieren, muss aber für die Investitionskosten in Höhe von rund 50 Mio. Euro Kredite in Höhe von rund 22 Mio. Euro aufnehmen. Priorität haben 2016 die Fortsetzung der Hochwasserschutzmaßnahmen, die Förderung der regionalen Wirtschaft sowie Investitionen in Bildung, in Kinderbetreuung und in die städtische Infrastruktur.



Klaus Zimmermann
Bürgermeister und Beigeordneter für Finanzen und Vermögen

Inhalt

	Seite
1. Grundsätzliches	6
2. Entwicklung der Zinsen 2015	7
3. Prognose Zins- und Marktentwicklung 2016	9
4. Handlungsparameter	10
5. Kreditportfolio 2015 der Landeshauptstadt Magdeburg	10
5.1 Kreditvolumen	11
5.2 Art der Schulden	12
5.3 Tilgungsarten und -struktur	12
5.4 Tilgungsleistung	13
5.5 Zinsarten und -struktur	13
5.6 Zinsausgaben	15
5.7 Durchschnittszins, Kreditportfolio und Pro-Kopf-Verschuldung	15
5.8 Zinssicherungsgeschäfte	15
6. Kreditaufnahmen 2014 und 2015 der Landeshauptstadt Magdeburg	16
6.1 Kreditneuaufnahmen und Umschuldungen	16
6.2 Kreditgeber	16
6.3 Tilgungsarten	17
6.4 Zinsarten	17
6.5 Zinsbindungsdauer	17
6.6 Zinsentwicklung und Aufnahmezeitpunkt	17
7. Haushalt 2006-2015 und STARK II	18
8. Eigenbetriebe	20
9. Bürgschaften	21
10. Public Private Partnership bei der Schulsanierung	22
11. Schulden der Entwicklungsmaßnahme Rothensee	23
12. Glossar	24

1. Grundsätzliches

Angaben zu den Schulden der Landeshauptstadt Magdeburg finden sich u.a. in der Jahresrechnung, in den Berichten des Statistischen Landesamtes, im Haushaltsplan und in der jährlichen Information an den Finanz- und Grundstücksausschuss über den Stand der Verschuldung der städtischen Gesellschaften und der ihnen gewährten Kommunalbürgschaften einschließlich der Eigenbetriebe und der Entwicklungsmaßnahme Rothensee.

Die Datengrundlagen für die Schuldenübersichten liefert dabei stets der Fachbereich Finanzservice der Landeshauptstadt Magdeburg.

Der vorliegende Schuldenbericht wendet sich mit gerafften statistischen Informationen gezielt an den Stadtrat. Er ist ein Bericht „für die Politik“, aber kein politischer Bericht. Er transportiert Daten, Fakten und Entwicklungen. Rechtfertigungen oder Meinungen, auch fachlicher Art, beabsichtigt er nicht.

Wie sein Name sagt, erfasst der Schuldenbericht Schulden. Dies sind Zahlungsverpflichtungen aus Kreditaufnahmen und ihnen wirtschaftlich gleichkommenden Vorgängen sowie aus der Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung.

Gemäß der vorgenannten Definition hat die Landeshauptstadt Magdeburg Schulden, also Kredite aller Art, welche die Landeshauptstadt Magdeburg von Dritten aufgenommen hat, inkl. der Liquiditätskredite. Auch Verpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften (insbesondere Bürgschaften) und die Schulden der Entwicklungsmaßnahme Rothensee sowie die Verbindlichkeiten aus dem Public Private Partnership bei der Schulsanierung zählen dazu.

Der Schuldenbericht informiert dabei über den Stand und über die Entwicklung der Schulden des städtischen Haushaltes und der Eigenbetriebe.

Schwerpunkt des Schuldenberichtes ist das vorangegangene Haushaltsjahr, in diesem Bericht also das Jahr 2015.

Der Schuldenbericht 2015 hat zwei vorrangige Zielrichtungen:

- Information und
- Steuerung (Steuerungsunterstützung).

Als Bericht will er zunächst über die Schulden und die Entwicklung der Schulden der Landeshauptstadt Magdeburg in einem bestimmten Berichtszeitraum bzw. über mehrere Zeiträume hinweg informieren. Dabei ist der Schuldenbericht ein Teil des Finanzberichtswesens des Fachbereiches Finanzservice.

Darüber hinaus ist der Schuldenbericht ein Angebot an den Stadtrat, aus Stand und Entwicklung der Schulden und ihrer Belastungen durch Zinsen und Tilgungen Schlussfolgerungen für künftiges Handeln zu ziehen – mithin zu steuern. Zudem soll er die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit fördern.

Der Schuldenbericht wird alle 2 Jahre erarbeitet und dem Stadtrat vorgelegt.

2. Entwicklung der Zinsen 2015

Angesichts immer neuer Zins-Tiefstände wurde in den vergangenen Jahren oft eine Zinswende vorhergesagt. Tatsächlich kam es jedoch nur zu begrenzten und vorübergehenden Zinssteigerungen.

Die Geldpolitik der Zentralbanken nimmt derzeit entscheidenden Einfluss auf das Zinsniveau.

Mit ihrer Niedrigzinspolitik will die EZB die Konjunktur innerhalb der Eurozone stärken. Insbesondere soll das Abrutschen der europäischen Volkswirtschaften in eine Deflation vermieden werden, die zu einer möglicherweise dauerhaften Kaufzurückhaltung bei Verbrauchern und Unternehmen führen könnte.

Nach Einschätzung der EZB hat sich die volkswirtschaftliche Lage in der Eurozone seit Beginn der Niedrigzinspolitik verbessert. Etwa die Hälfte des in den letzten Jahren entstandenen Wirtschaftswachstums der Eurozone sei, so EZB-Präsident Mario Draghi, auf die Geldpolitik der Notenbank zurückzuführen.

Die chinesische Notenbank wertete im August 2015 die Währung Yuan überraschend ab und verursachte damit in den globalen Kapitalmärkten eine erhebliche Unruhe. Zwischen März 2015 und Februar 2016 wertete der Yuan gegenüber dem Euro um etwa 10 Prozent und gegenüber dem US-Dollar um 5 Prozent ab.

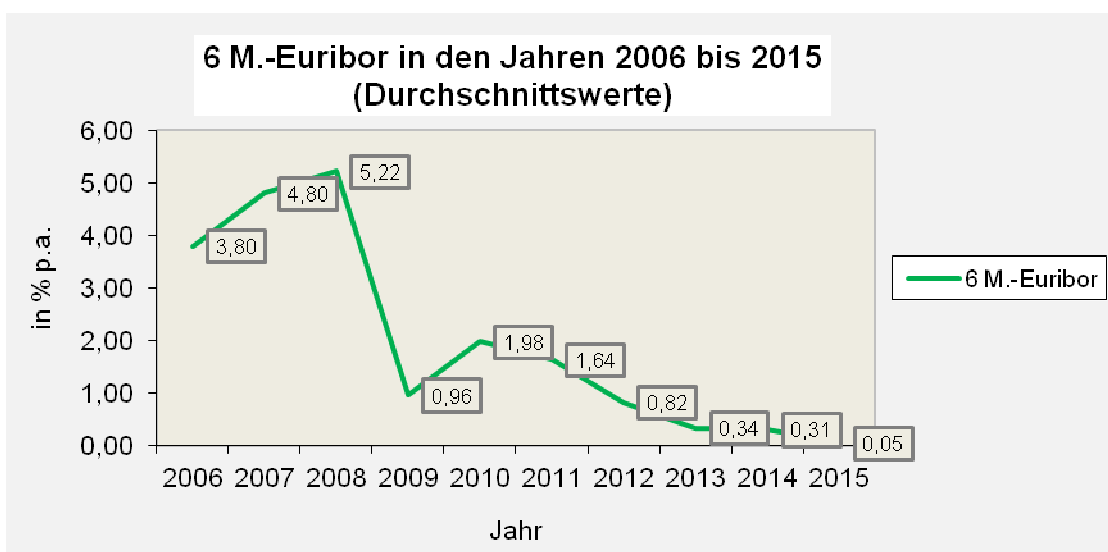
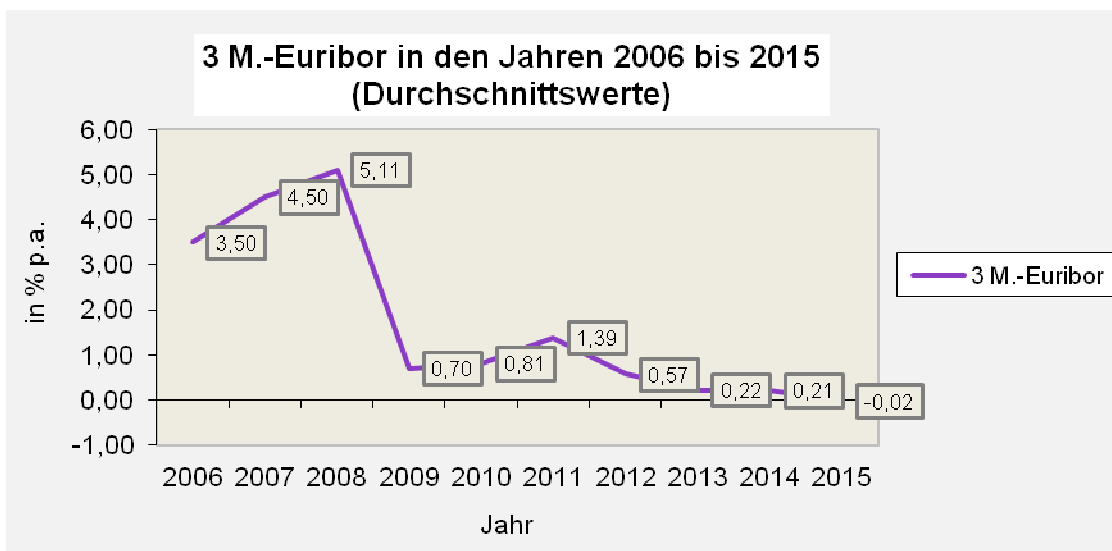
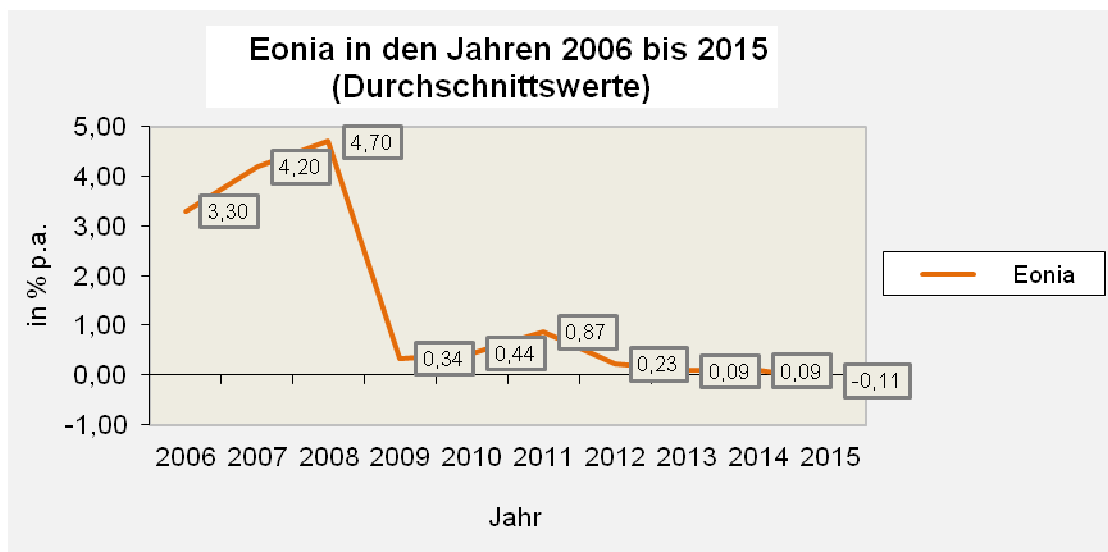
De facto befinden sich die großen Währungsräume bereits in einem Abwertungswettbewerb, um die eigene nationale Wirtschaft gegenüber ausländischen Mitbewerbern zu schützen. Ein Instrument zur Abwertung der Heimatwährung sind niedrige Zinsen und eine Ausweitung des Geldvolumens.

Vor dem Hintergrund eines Niedrigzinsumfeldes fanden in den letzten Jahren erhebliche Preissteigerungen auf dem Immobilienmarkt statt, insbesondere für kleine Wohnungen in Ballungsräumen.

Trotz mehrerer Hilfspakete sind die von Griechenland ausgehenden Gefahren für die finanzielle und politische Stabilität der Eurozone und der Europäischen Union keinesfalls gebannt.

Griechenland liegt mit der Umsetzung seiner Reformen weit hinter den Planungen zurück. Es droht noch immer der „Grexit“, also das Ausscheiden Griechenlands aus der Eurozone.

Auf der Seite 9 dieses Schuldenberichtes wird mit einer Prognose zur Zins- und Marktentwicklung ein Ausblick auf das Jahr 2016 gegeben.



3. Prognose Zins- und Marktentwicklung 2016

Sinkende Rohstoffpreise signalisieren eine schwächere Weltkonjunktur, was tendenziell ein niedriges Zinsniveau begünstigt. Besonders auffällig waren in letzter Zeit dramatisch fallende Rohöl-Notierungen. Aufgrund niedriger Einnahmen aus dem Ölexport dürfte die Güternachfrage der ölfördernden Staaten auf dem Weltmarkt zurückgehen, was die globale Konjunktur zusätzlich in Mitleidenschaft ziehen dürfte.

Die europaweiten Niedrigzinsen bedeuten faktisch eine umfassende Finanzhilfe für verschuldete Staaten.

Während die EZB aus konjunkturpolitischen Gründen mit ihrem massiven Anleiheaufkaufprogramm auf weitere Liquiditätsausweitungen und immer neue Zinssenkungen setzt, warten die Marktbeobachter gespannt darauf, ob und in welchen Zeitabständen die Fed weitere Zinserhöhungen durchführt.

Als Folge der zunehmenden Globalisierung werden weitere US-Zinsanpassungen (anders als in der Vergangenheit) nicht nur von der Vollbeschäftigung und Preisstabilität in den USA, sondern künftig auch von der weltwirtschaftlichen Entwicklung abhängig gemacht.

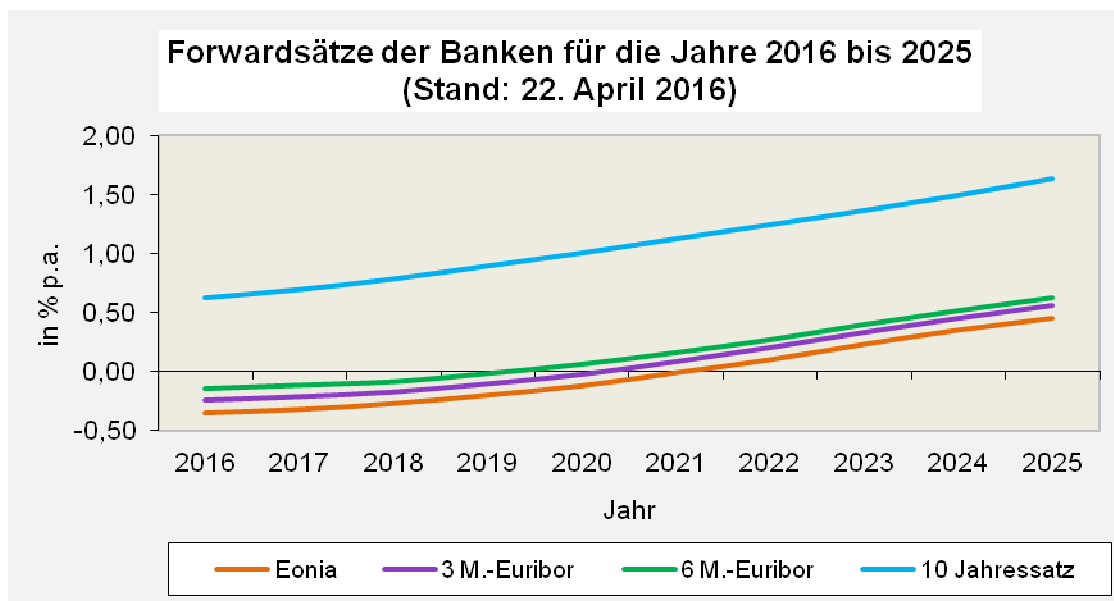
Angesichts der entschiedenen Niedrigzinspolitik der EZB ist ein erheblicher Zinsanstieg kurzfristig nicht zu erwarten. Zwar hat die Fed nach langem Zuwarten die „Zinswende“ vollzogen, doch ist nach den letzten Konjunkturdaten der USA und auch weltweit eine baldige Fortsetzung der Zinserhöhungspolitik unwahrscheinlicher geworden.

Der Bund profitiert besonders im Jahr 2015 von hohen Steuereinnahmen, sodass eine Nettokreditaufnahme derzeit nicht erforderlich ist. Zudem waren sehr geringe Zinsausgaben, bedingt durch das niedrige Zinsniveau und die hohe Bonitätseinstufung des Schuldners Bundesrepublik Deutschland, zu leisten.

Die KfW dagegen revidierte für 2016 die BIP-Prognose auf + 1,7 Prozent (Vorprognose + 2,0 Prozent) und für 2017 auf + 1,8 Prozent und trägt so der akut gestiegenen Verunsicherung Rechnung (BIP = Bruttoinlandsprodukt).

Wie sich die Flüchtlingsströme – insbesondere nach Deutschland – auf die Finanzlage von Gebietskörperschaften und Sozialkassen auswirken werden, ist noch völlig ungewiss. Dies hängt nicht nur von den absoluten Flüchtlingszahlen, sondern auch davon ab, ob eine einheitliche und überzeugende Neuregelung des europäischen Asylrechts gelingt. Gleichzeitig ist eine Regelung zur nachhaltigen Finanzierung der Unterbringung und Integration der Flüchtlinge durch Land und Bund notwendig.

Wird keine schnelle Lösung der höchst komplexen Flüchtlingsproblematik erreicht, dann sind Auswirkungen auf die finanzielle Situation Deutschlands bis hin zu einer Bonitätsherabstufung und einer damit verbundenen Zinserhöhung nicht auszuschließen.



Obwohl die Forwardsätze der Banken nach einheitlichen Berechnungsvorschriften ermittelt werden (in der Gegenwart für einen Betrachtungsraum in der Zukunft), ist ihr tatsächliches Eintreffen ungewiss.

4. Handlungsparameter

Die Investitionskredite stellen in den Verbindlichkeiten der Kommunen die umfangreichste Kategorie dar. Im Gegensatz zu den kurzfristigen Liquiditätskrediten sind Investitionskredite zur langfristigen Finanzierung des Anlagevermögens notwendig.

Eine für das Jahr 2015 erwartete Zinswende traf nicht ein. Angebracht ist es trotzdem zu jeder Zeit, mit vorbereiteten Maßnahmen zur Absicherung gegen steigende Zinsen für Umschuldungen der Entwicklungsmaßnahme Rothensee und für einen Teil der Liquiditätskredite gerüstet zu sein. Eine denkbare Absicherung des Liquiditätskreditbestandes bis zu einer Höhe von 50 Mio. EUR gegen steigende Zinsen mittels Festzinsabschlüssen bis zu 3 Jahren und/oder EONIA-Zahlerswaps war nicht erforderlich. Für einen wesentlichen Teil der variablen Euribor-Kredite der Entwicklungsmaßnahme Rothensee sind nach wie vor Umschuldungen mit festen Zinsvereinbarungen vorgesehen.

5. Kreditportfolio 2015 der Landeshauptstadt Magdeburg

Das Kreditportfolio der Landeshauptstadt Magdeburg umfasst die Kredite der Landeshauptstadt Magdeburg. Hier enthalten sind die langfristigen Investitionskredite (inklusive der PPP-Maßnahmen) sowie die kurzfristigen Kredite zur Liquiditätssicherung. In den folgenden Abschnitten wird über die Kredite des Kernhaushaltes berichtet.

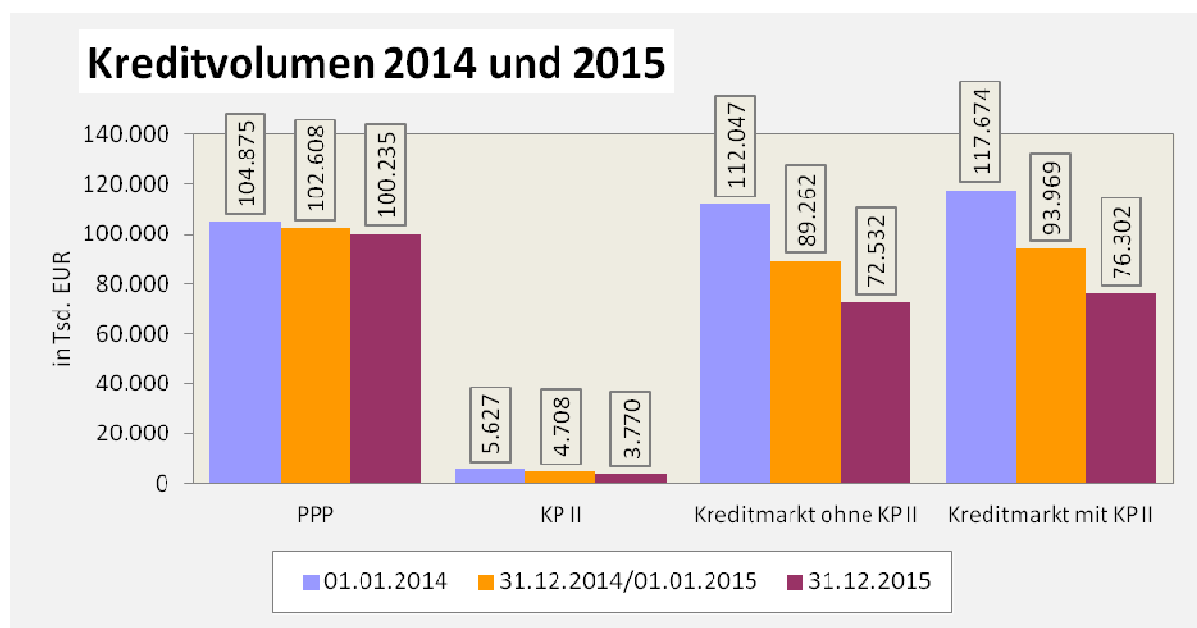
Die Schuldenstände der Eigenbetriebe, d.h. des EB Kommunales Gebäudemanagement, des EB Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg, des EB Städtischer Abfallwirtschaftsbetrieb, des EB Puppentheater, des EB Theater Magdeburg und des EB Konservatorium „G. P. Telemann“, werden im Abschnitt 8 betrachtet.

Einbezogen in diesen Schuldenbericht werden (neben den Krediten des Kernhaushaltes und der Eigenbetriebe) ab dem Abschnitt 9 zusätzlich die geleisteten Bürgschaften und die Schulden der Entwicklungsmaßnahme Rothensee.

5.1 Kreditvolumen

Am 01.01.2014 und unverändert am 31.12.2015 enthielt das Kreditportfolio (Landeshauptstadt Magdeburg ohne Eigenbetriebe und ohne Entwicklungsmaßnahme Rothensee) 81 Kredite.

Kreditaufnahmen erfolgten nur als Umschuldungen oder als Aufnahmen aus dem Programm STARK II.



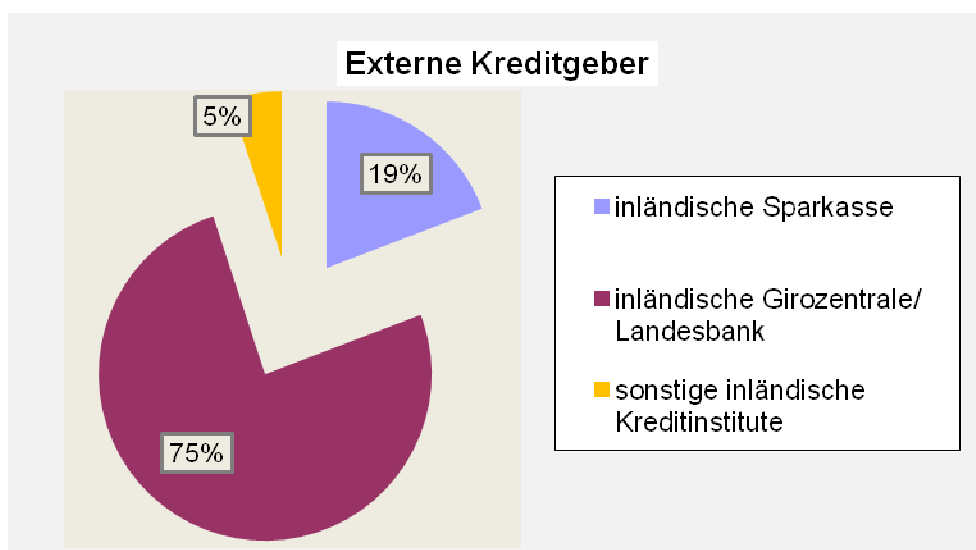
Das Kreditvolumen (Kredit-Ist) für Investitionen betrug am 31.12.2015 insgesamt 76.302 Tsd. EUR (01.01.2014: 117.674 Tsd. EUR).

Bei Hinzuziehung der PPP-Verbindlichkeiten zum Kernhaushalt betrug das Volumen der langfristigen Verbindlichkeiten am 31.12.2015 insgesamt 176.537 Tsd. EUR (01.01.2014: 222.549 Tsd. EUR).

5.2 Art der Schulden

Die (ausschließlich externen) Kreditgeber der Landeshauptstadt Magdeburg lassen sich den Kreditgebergruppen Sparkassen, inländischen Girozentralen/Landesbanken und sonstigen inländischen Kreditinstituten zuordnen.

Art der Schulden (in Tsd. EUR)	01.01.2015	31.12.2015
inländische Sparkasse	19.443	14.863
inländische Girozentrale/Landesbank	71.627	57.275
sonstige inländische Kreditinstitute	2.899	4.164
Summe	93.969	76.302

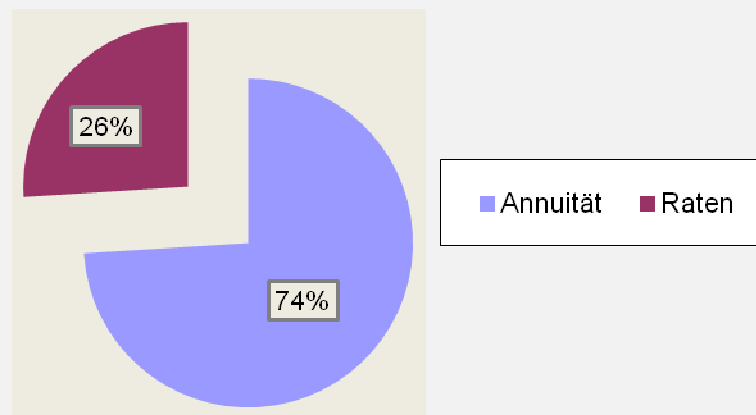


5.3 Tilgungsarten und –struktur

Für die Tilgung der Kredite wurden die Tilgungsarten annuitätische Tilgung (festgeschriebener Betrag aus der Summe von Zins und Tilgung) und Ratentilgung (festgeschriebene Tilgung) vereinbart.

Tilgungsarten (in Tsd. EUR)	01.01.2015	31.12.2015
Annuitäten	77.016	56.558
Raten	16.953	19.744
Summe	93.969	76.302

Tilgungsstruktur (Kreditvolumen) zum 31.12.2015



5.4 Tilgungsleistungen

Zu- und Abgänge 2014-2015	
Schuldenstand 01.01.2014	117.674 Tsd. EUR
+ Umschuldungen gesamt im Jahr 2014	21.009 Tsd. EUR
(darunter Umschuldungen STARK II)	20.265 Tsd. EUR
- Tilgungsleistungen insgesamt 2014	38.635 Tsd. EUR
(einschließlich Tilgungen Investitionskredite, mit den Tilgungen KP II)	23.704 Tsd. EUR
	920 Tsd. EUR
- 30 % erhaltener Tilgungszuschuss STARK II	6.079 Tsd. EUR
Schuldenstand 31.12.2014 / 01.01.2015	93.969 Tsd. EUR
+ Umschuldungen gesamt im Jahr 2015	16.082 Tsd. EUR
(darunter Umschuldungen STARK II)	5.478 Tsd. EUR
- Tilgungsleistungen insgesamt 2015	32.106 Tsd. EUR
(einschließlich Tilgungen Investitionskredite, mit den Tilgungen KP II)	17.668 Tsd. EUR
	937 Tsd. EUR
- 30 % erhaltener Tilgungszuschuss STARK II	1.643 Tsd. EUR
Schuldenstand 31.12.2015	76.302 Tsd. EUR

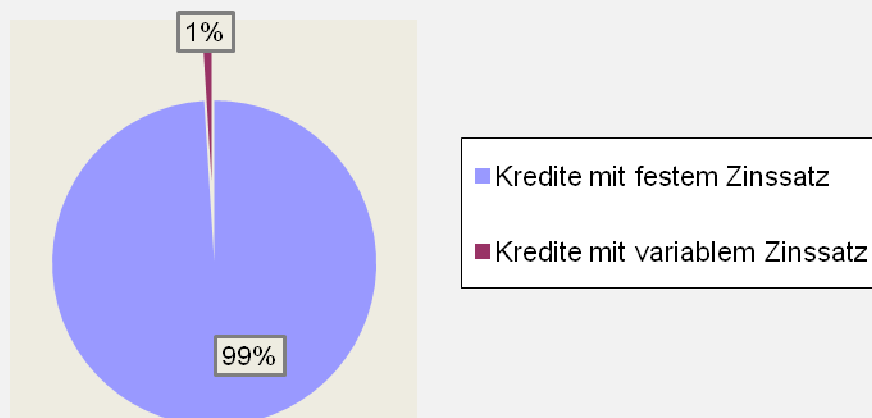
Die Förderprogramme KP II und STARK II werden im Glossar ab Seite 24 näher beschrieben.

5.5 Zinsarten und -struktur

Die abgeschlossenen Kreditverträge des Kernhaushaltes der Landeshauptstadt Magdeburg (ohne Eigenbetriebe) enthielten, unter Berücksichtigung von Zinssicherungsinstrumenten, Zinszahlungen auf der Basis von festen und variablen Zinssätzen.

Kredite	(in Tsd. EUR)	01.01.2015	31.12.2015
mit festem Zinssatz		93.671	75.192
mit variablem Zinssatz		298	1.110
Summe		93.969	76.302

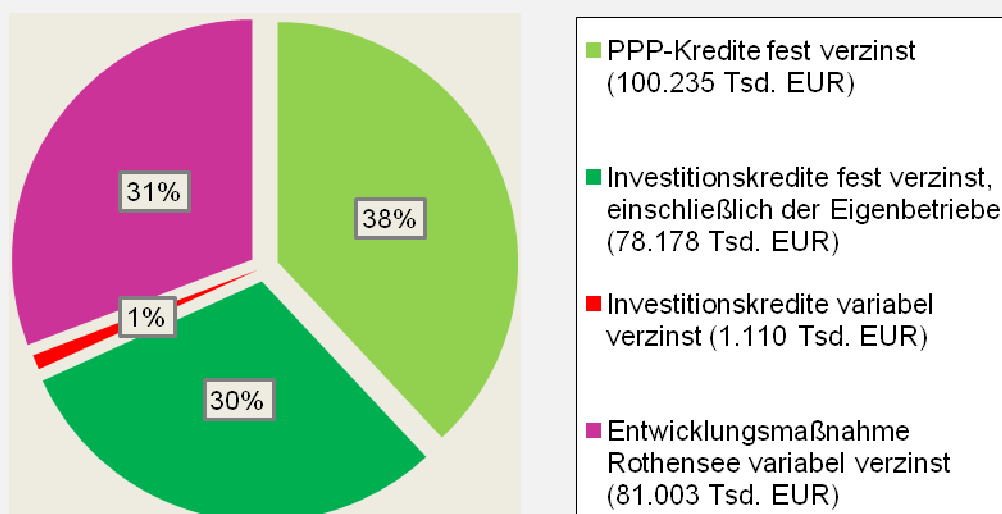
Zinsstruktur am 31.12.2015 (Kernhaushalt)



Von den 81 Krediten der Landeshauptstadt Magdeburg am 31.12.2015 sind 80 Kredite mit einem festen Zinssatz und 1 Kredit mit einem variablen Zinssatz vereinbart. Der Abschluss der vom Land Sachsen-Anhalt zinsgestützten Kredite (1,9 % p.a., 1,7 % p.a. und 1,3 % p.a.) der Programme KP II und STARK II ab 2009 bewirkte seitdem im Kreditportfolio eine Erhöhung des Anteiles der Festzins-Kredite zulasten der variablen Verzinsung, wobei eine Entschuldung in Höhe von ca. 30 % höher zu bewerten ist als ein niedriger variabler Zinssatz, welcher zudem ein Zinsänderungsrisiko beinhaltet. Langfristig fest verzinst sind die PPP-Kredite. Die Kredite der Entwicklungsmaßnahme Rothensee waren im Jahr 2015 ausschließlich auf 3 Monats-Euribor-Basis verzinst.

Im folgenden Diagramm ist die Zinsstruktur aller Verbindlichkeiten in Höhe von insgesamt 260.526 Tsd. EUR dargestellt.

Zinsstruktur am 31.12.2015 (aller Verbindlichkeiten, einschl. der PPP-Kredite, der Entw.-Maßnahme Rothensee)



(Ausgenommen sind hierbei die EONIA-verzinsten Liquiditätskredite.)

5.6 Zinsausgaben

Für die Kredite wurden im Jahr 2015, unter Berücksichtigung von Zinssicherungsinstrumenten, Zinsausgaben in Höhe von insgesamt 2.264 Tsd. EUR (2014: 3.447 Tsd. EUR) geleistet (inkl. KP II). Für PPP betrugen die Zinsausgaben im Jahr 2015 4.652 Tsd. EUR (2014: 4.758 Tsd. EUR). Siehe hierzu auch die graphischen Auswertungen zu Zins- und Tilgungszahlungen im Abschnitt 7.

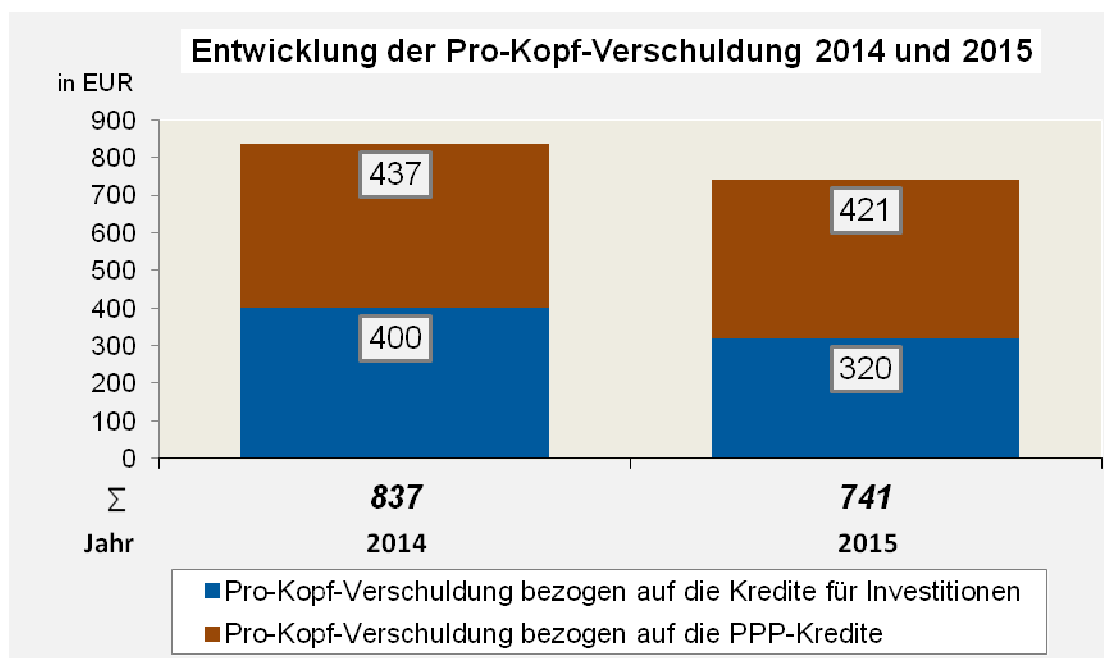
Die Zinsausgaben für die Kredite der Entwicklungsmaßnahme Rothensee betrugen im Jahr 2015 (einschließlich der Kontokorrentzinsen) für die Zone I 80 Tsd. EUR und für die Zone IV 63 Tsd. EUR (2014: 207 Tsd. EUR und 185 Tsd. EUR).

Insgesamt betrugen die Zinsausgaben der Landeshauptstadt Magdeburg im Jahr 2015 7.059 Tsd. EUR (2014: 8.597 Tsd. EUR).

5.7 Durchschnittszins, Kreditportfolio und Pro-Kopf-Verschuldung

Der Durchschnittszins des Kreditportfolios der Landeshauptstadt Magdeburg zum 31.12.2015 (Stichtagsbetrachtung) lag bei 1,86 % (einschließlich der PPP-Kredite 3,41 %). Zum 31.12.2014 betrug der Durchschnittzinssatz noch 2,69 % (einschließlich der PPP-Kredite 3,68 %).

Die Pro-Kopf-Verschuldung der Landeshauptstadt Magdeburg ist im folgenden Diagramm dargestellt. Sie berechnet sich aus der Einwohnerzahl (234.858 EW am 31.12.2014 und 238.212 EW am 31.12.2015) und dem jeweiligen Kreditvolumen für die Investitionen (93.969 Tsd. EUR am 31.12.2014, 76.302 Tsd. EUR am 31.12.2015) und für die PPP-Vorhaben (102.608 Tsd. EUR am 31.12.2014, 100.235 Tsd. EUR am 31.12.2015).



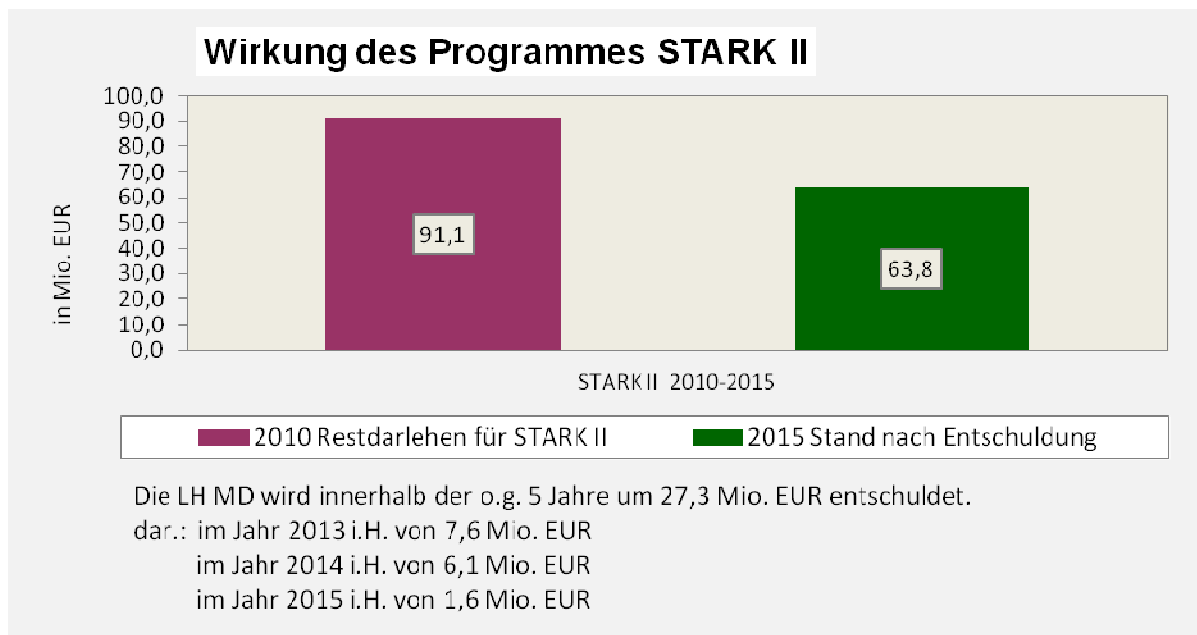
5.8 Zinssicherungsgeschäfte

Zur Zinssicherung von 2 Krediten wurden 1999 bzw. 2000 2 Doppelswaps mit einem Ursprungsbetrag in Höhe von jeweils 12.662 Tsd. EUR und einer Laufzeit von 15 Jahren (bis Ende 2015) abgeschlossen. Weitere Zinssicherungsgeschäfte bestehen nicht.

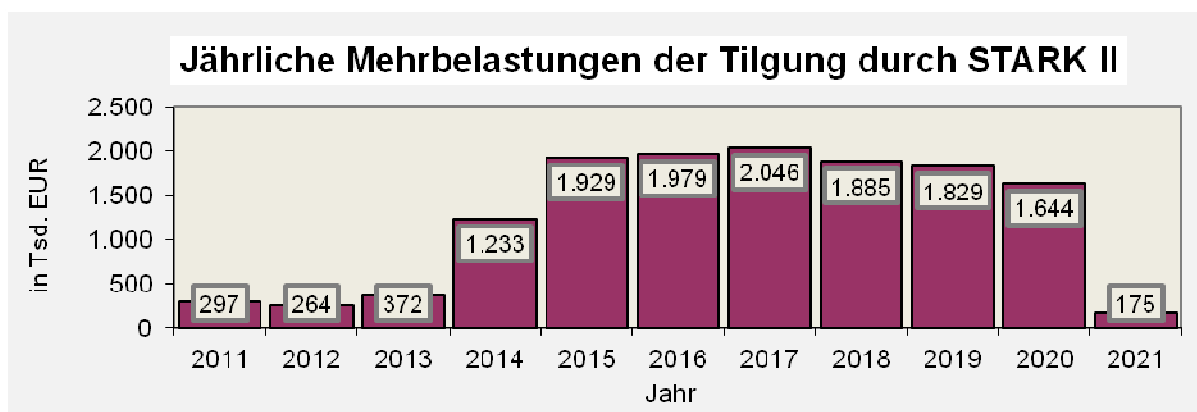
6. Kreditaufnahmen 2014 und 2015 der Landeshauptstadt Magdeburg

6.1 Kreditaufnahmen und Umschuldungen

Bei den Kreditaufnahmen in den Jahren 2014 und 2015 handelte es sich ausschließlich um Umschuldungen (1 Vertrag in 2014 und 4 Verträge in 2015, davon 1 Vertrag für einen Eigenbetrieb) und Verträge aus dem Programm STARK II (5 Verträge in 2014 und 1 Vertrag in 2015 in Höhe von 14.256 Tsd. EUR und 3.835 Tsd. EUR).



Durch die Verkürzung der Restlaufzeit der Darlehen auf 10 Jahre erhöht sich die jährliche Tilgungslast, welche vom städtischen Haushalt zusätzlich erwirtschaftet werden muss. Diesem Nachteil steht jedoch der höher zu bewertende Vorteil der Entschuldung in Höhe von 30 % gegenüber.



6.2 Kreditgeber

Die 6 Kreditaufnahmen aus dem Programm STARK II erfolgten bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt. Die 5 Umschuldungen wurden bei einer inländischen Sparkasse und bei einem sonstigen inländischen Kreditinstitut abgeschlossen.

6.3 Tilgungsarten

Die 10 Aufnahmen des Kernhaushaltes erfolgten als 4 Raten- und 6 Annuitätenkredite.

6.4 Zinsarten

Abgeschlossen wurden in den Jahren 2014 und 2015 (ohne Eigenbetriebe) 8 Kredite mit fester und 2 Kredite mit variabler Verzinsung.

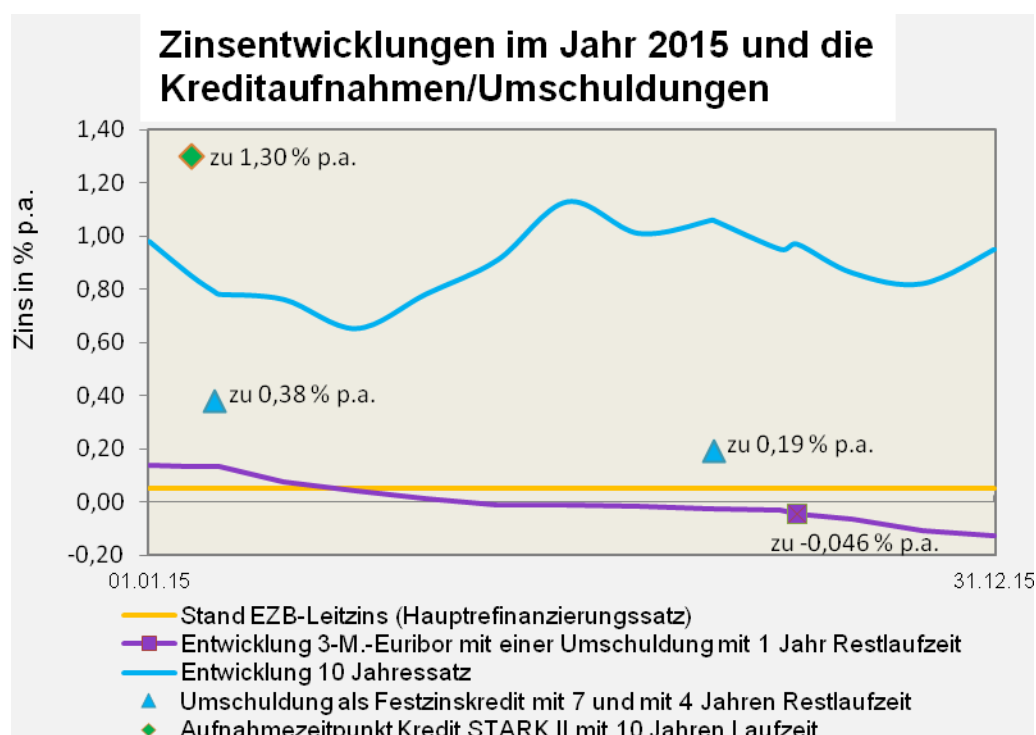
6.5 Zinsbindungsdauer

Aus der nachfolgenden Tabelle ist die Zinsbindungsdauer der abgeschlossenen Kreditverträge (ausschließlich Umschuldungen und STARK II und ohne Eigenbetriebe) ersichtlich:

Zinsbindungsdauer	Anzahl der abgeschlossenen Kreditverträge	
	2014	2015
bis 1 Jahr	1	1
4 bis 10 Jahre	5	3
Summe	6	4

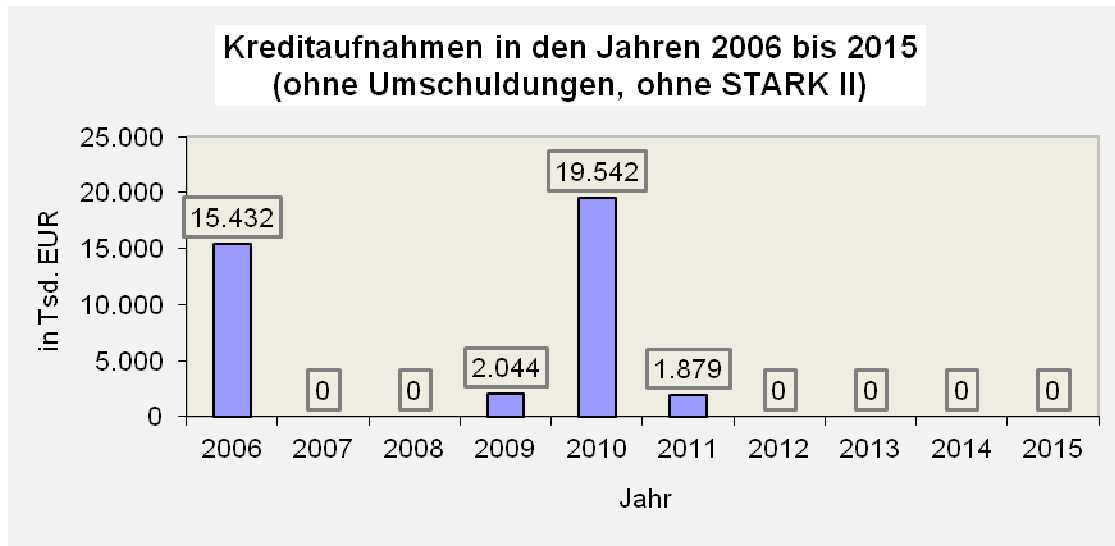
6.6 Zinsentwicklungen und Aufnahmezeitpunkte

In der folgenden Grafik sind die Aufnahmezeitpunkte der Kredite (Kreditneuaufnahmen und Umschuldungen) im Zusammenhang mit der Zinsentwicklung im Jahre 2015 dargestellt.



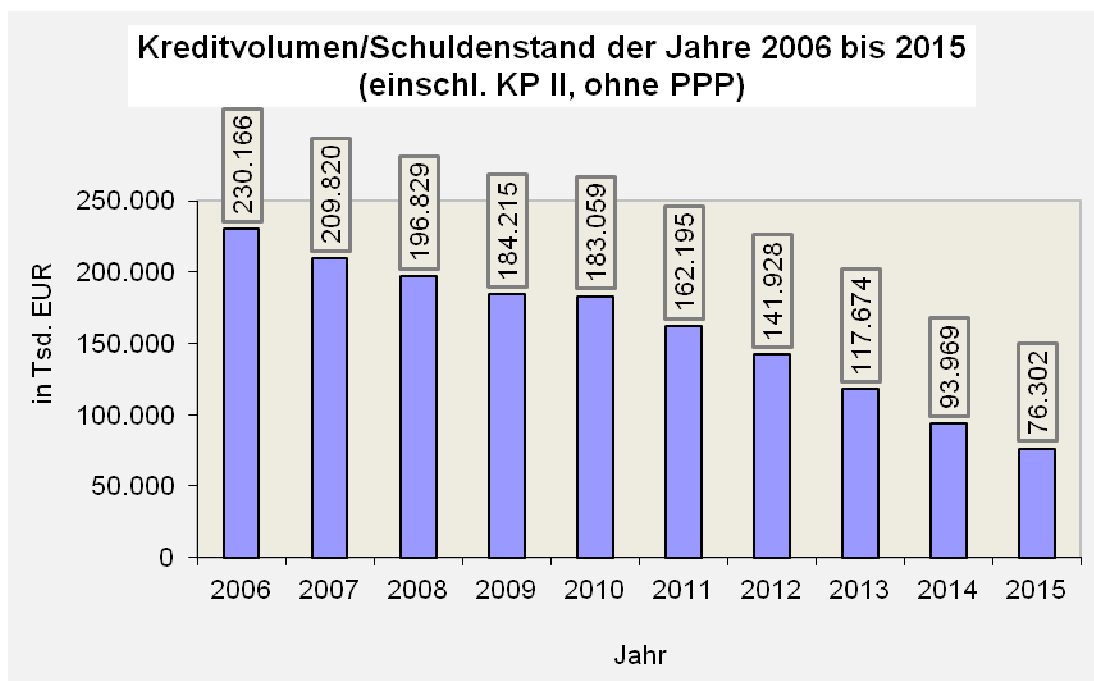
7. Haushalt 2006-2015 und STARK II

Die Kreditaufnahme des städtischen Haushaltes hat sich in den Jahren 2006 bis 2015 wie folgt entwickelt:

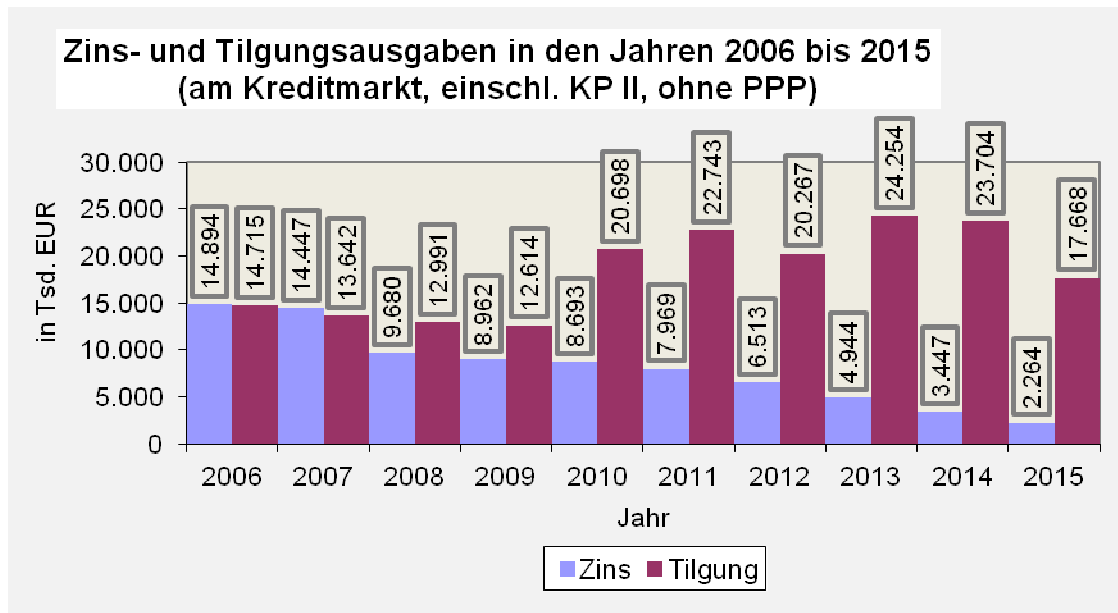


Bei Einhaltung einer konsequenten Haushaltskonsolidierung waren die oben genannten Kreditaufnahmen der Jahre 2009, 2010 und 2011 für Abschlüsse von Krediten aus dem Förderprogramm KP II notwendig. Im Jahr 2010 ist in den o.g. 19.542 Tsd. EUR zudem der Kredit für die Finanzierung des Kaufes eines Verwaltungsgebäudes enthalten.

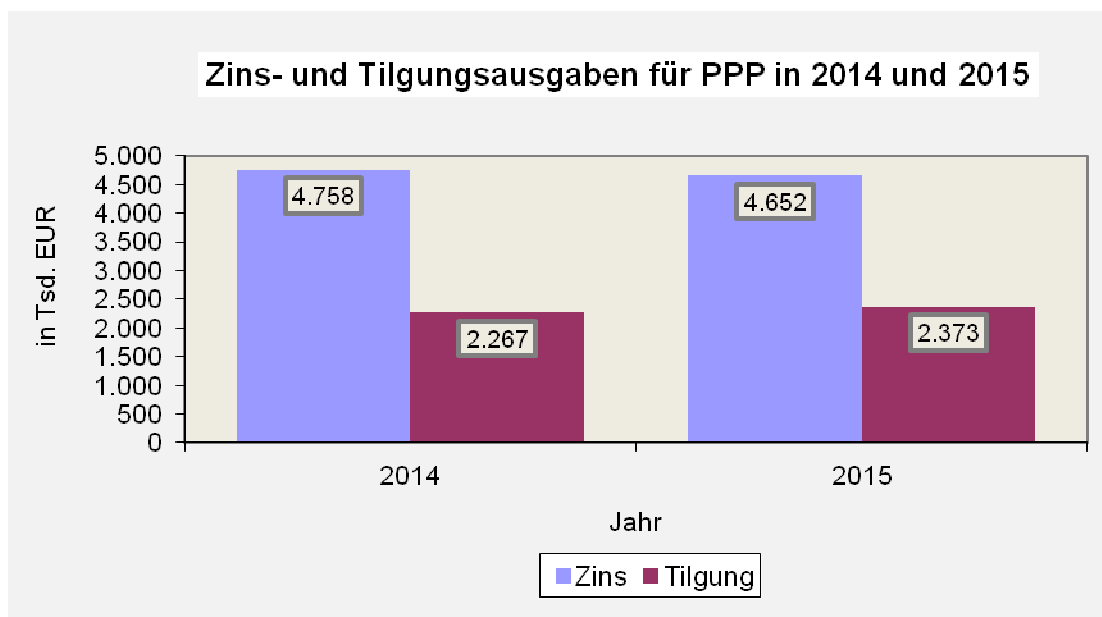
Die Entwicklung des Kreditvolumens des städtischen Haushaltes (jeweils zum 31.12.) stellt sich im folgenden Diagramm dar:



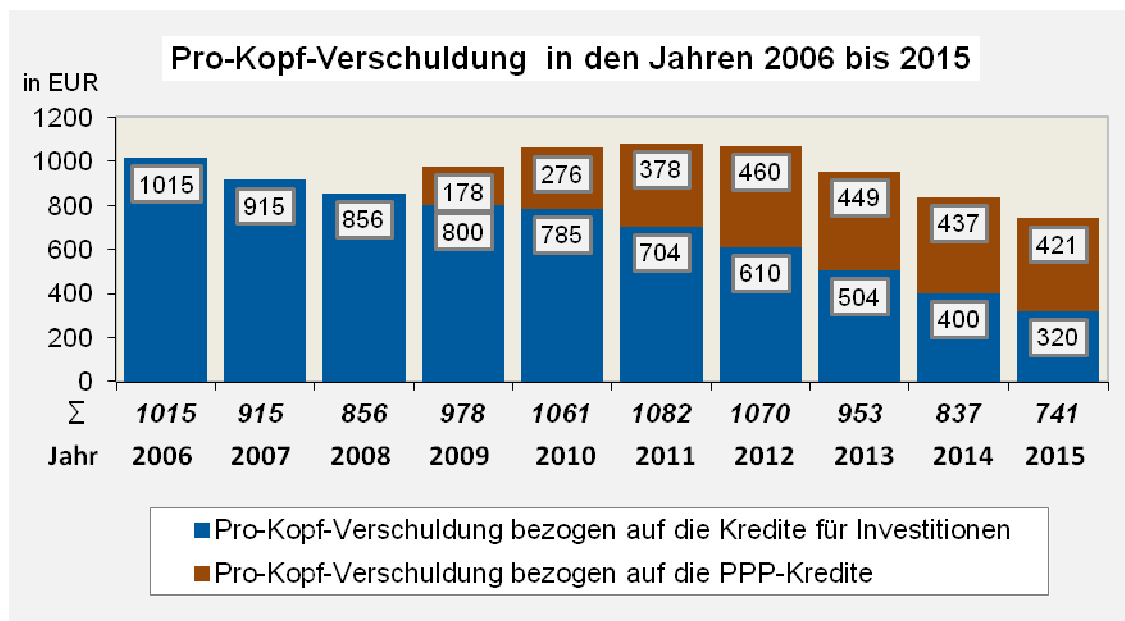
Die Zins- und Tilgungsausgaben (einschließlich der Zahlungen aus den Zins-sicherungsinstrumenten) entwickelten sich in den Jahren 2006 bis 2015 folgendermaßen:



In den Tilgungsausgaben der Jahre 2014 und 2015 sind die Rückzahlungen und die Entlastungen im Rahmen des Programmes STARK II enthalten.



Die Pro-Kopf-Verschuldung des städtischen Haushaltes entwickelte sich in den Jahren 2006 bis 2015 wie nachfolgend dargestellt:



8. Eigenbetriebe

Die Eigenbetriebe der Landeshauptstadt Magdeburg sind Sondervermögen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Die Schulden der Eigenbetriebe sind damit Schulden der Landeshauptstadt Magdeburg.

Die Kredite der Eigenbetriebe der Landeshauptstadt Magdeburg wurden in den Jahren 2014 und 2015 wesentlich getilgt:

Eigenbetrieb Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg

Schuldenstand am 31.12.2015: 2.836 Tsd. EUR

Eigenbetrieb Städtischer Abfallwirtschaftsbetrieb

Schuldenstand am 31.12.2015: 150 Tsd. EUR

Eigenbetrieb Puppentheater Magdeburg

Schuldenstand am 31.12.2015: -

Eigenbetrieb Theater Magdeburg

Schuldenstand am 31.12.2015: -

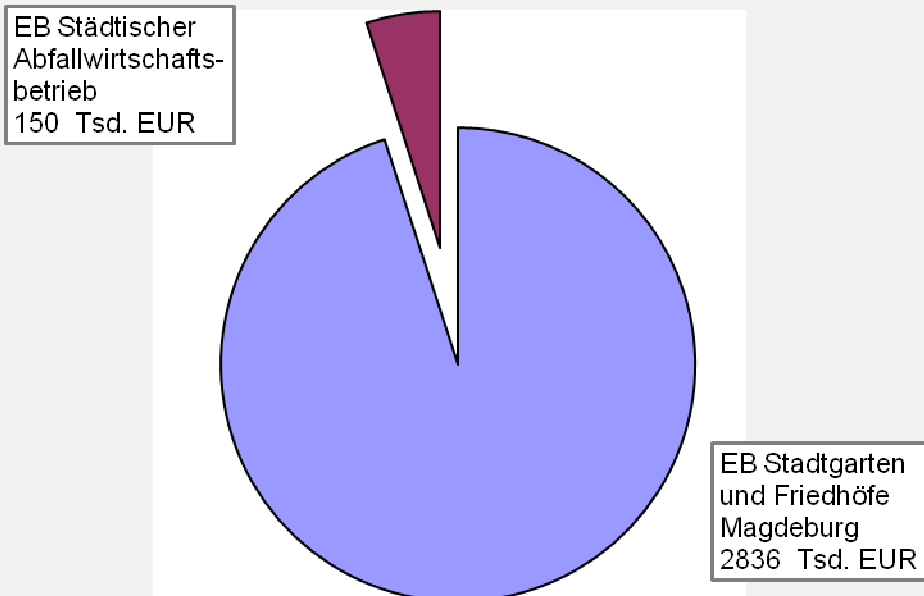
Eigenbetrieb Konservatorium „G. P. Telemann“

Schuldenstand am 31.12.2015: -

Eigenbetrieb Kommunales Gebäudemanagement

Schuldenstand am 31.12.2015: -

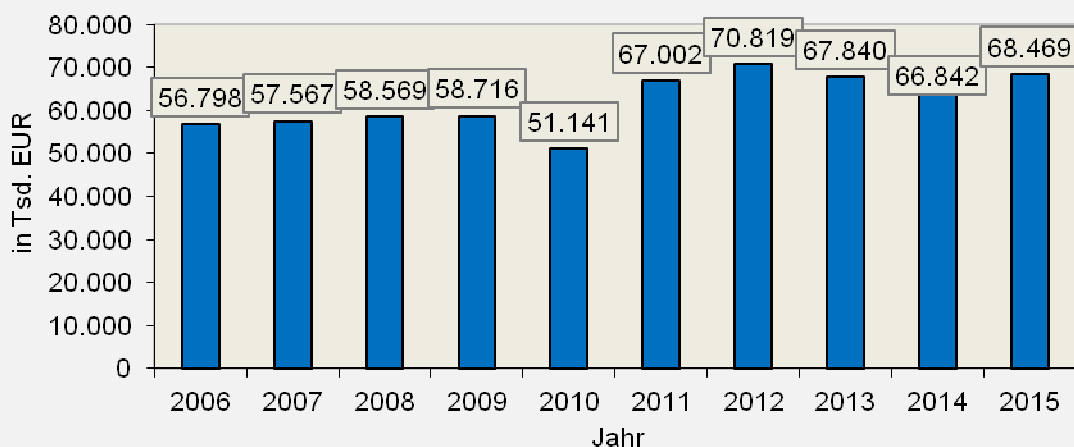
Schuldenstand der städtischen Eigenbetriebe am 31.12.2015 in Höhe von 2.986 Tsd. EUR



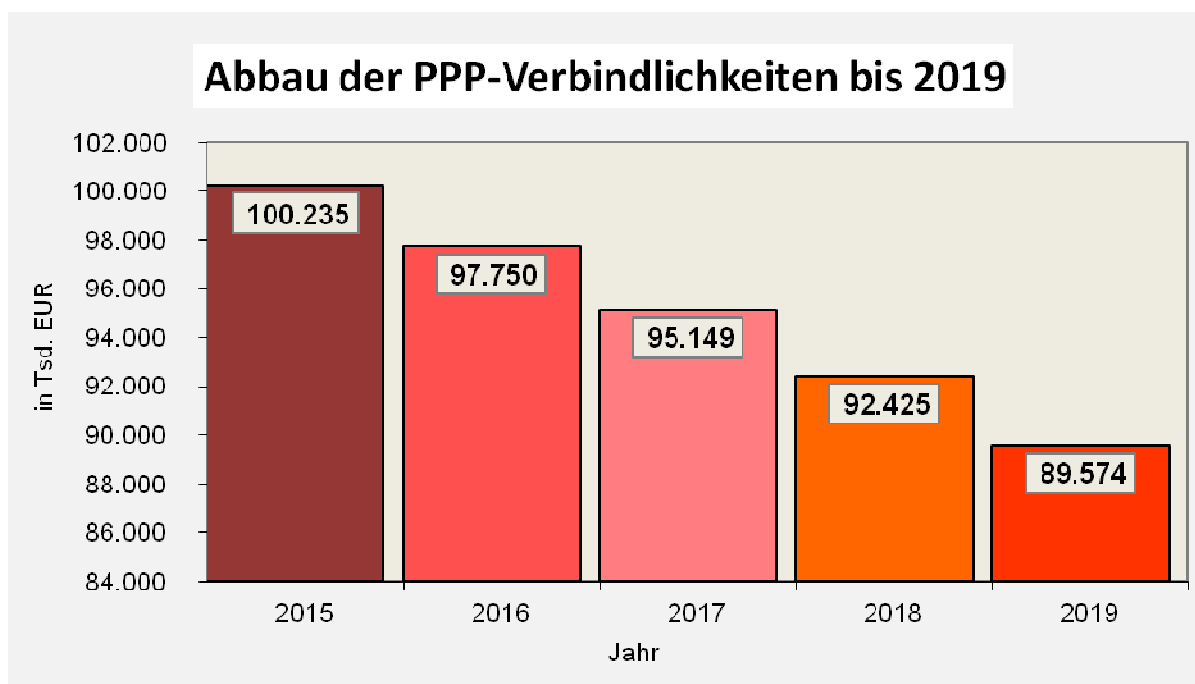
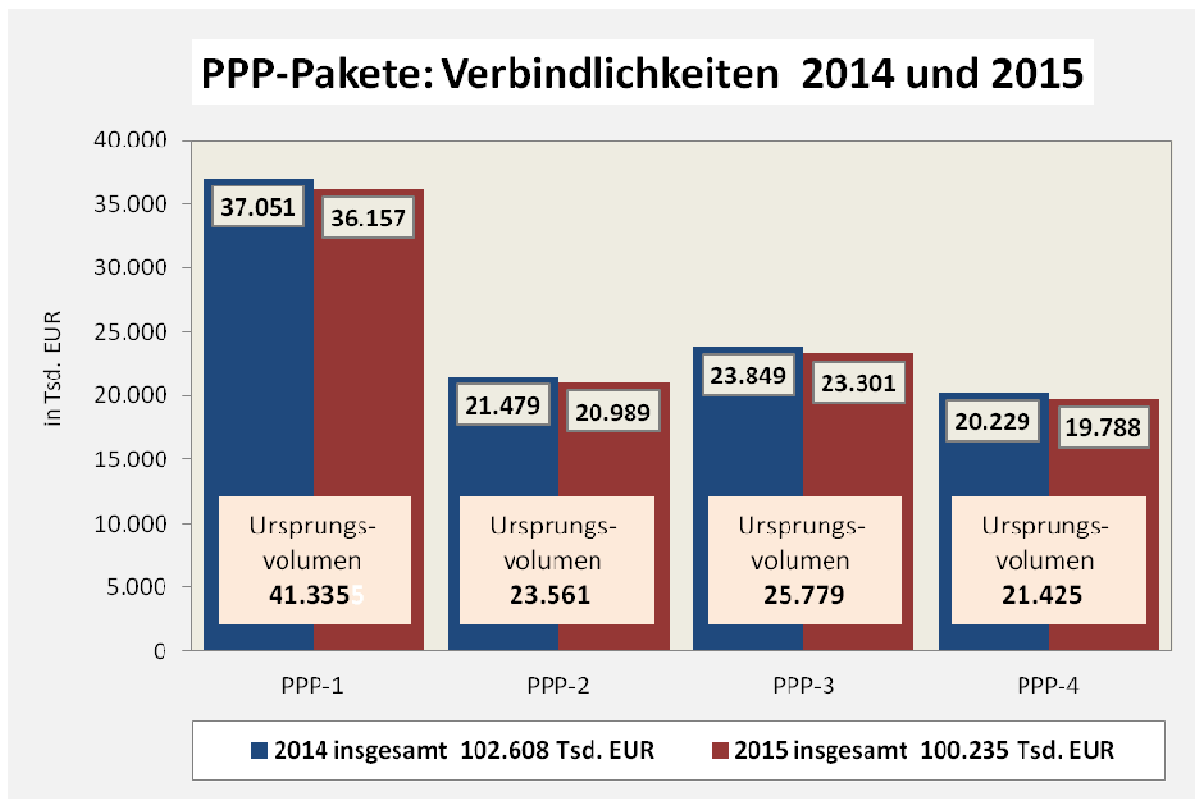
9. Bürgschaften

Die Landeshauptstadt Magdeburg hatte am 31.12.2015 insgesamt 49 Bürgschaften mit einer Restschuld in Höhe von 68.469 Tsd. EUR (01.01.2015: 48 Bürgschaften mit einer Restschuld in Höhe von 66.842 Tsd. EUR) zugunsten von städtischen Beteiligungsgesellschaften übernommen. Eine Inanspruchnahme aus Bürgschaften erfolgte, wie auch in den vorangegangenen Jahren, nicht.

Bürgschaftsvolumen in den Jahren 2006 bis 2015

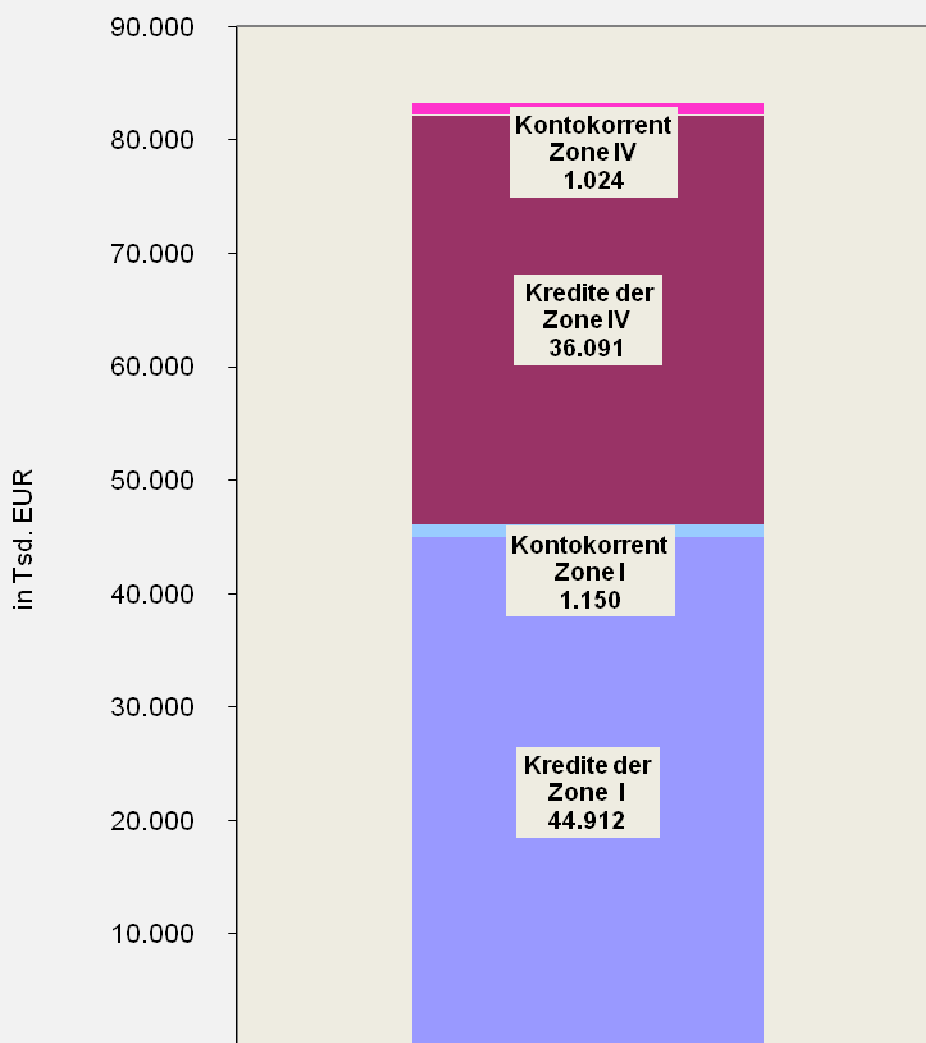


10. Public Private Partnership bei der Schulsanierung



11. Schulden der Entwicklungsmaßnahme Rothensee

**Der Schuldenstand für die Entwicklungsmaßnahme Rothensee beträgt am 31.12.2015:
81.003 Tsd. EUR (mit Kontokorrent 83.177 Tsd. EUR).**



Der Schuldenstand bezüglich investiver Kredite bewegt sich im Rahmen des durch die Kommunalaufsicht (LVwA) genehmigten Kreditvolumens (89.600 Tsd. EUR).

Der Haushalt der Landeshauptstadt Magdeburg übernimmt seit 01.01.2009 die Zinsen und die Tilgung der Kredite in der Zone I (Tilgung 2 % jährlich). Auch in der Zone IV werden die Kredite seit diesem Zeitpunkt mit 1 % jährlich getilgt. Durch Grundstücksverkäufe und durch Einnahmen von Fördermitteln sollen langfristig die Schulden der Entwicklungszone Rothensee schrittweise abgebaut werden.

12. Glossar

BIP (Bruttoinlandsprodukt)

Das Bruttoinlandsprodukt misst die Produktion von Waren und Dienstleistungen im Inland nach Abzug aller Unkosten.

Bürgschaften

Die Bürgschaft ist ein einseitig verpflichtender Vertrag, durch den sich der Bürge gegenüber dem Gläubiger eines Dritten (des so genannten Hauptschuldners) verpflichtet, für die Erfüllung der Verbindlichkeiten des Dritten einzustehen.

Deflation

Unter **Deflation** versteht man in der Volkswirtschaftslehre einen allgemeinen, signifikanten und anhaltenden Rückgang des Preisniveaus für Waren und Dienstleistungen. Deflation entsteht, wenn die gesamtwirtschaftliche Nachfrage geringer ist als das gesamtwirtschaftliche Angebot. Deflation tritt üblicherweise zusammen mit einem Konjunkturtief auf.

Entwicklungsmaßnahme Rothensee

Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Rothensee der Landeshauptstadt Magdeburg mit der KGE Kommunalgrund Grundstücksbeschaffungs- und Erschließungs GmbH als treuhänderischer Entwicklungsträger. Die Entwicklungsmaßnahme umfasst das Industrie- und Logistik-Centrum Rothensee (Entwicklungszone I) und den Stadtteil Alte Neustadt mit dem Handelshafen (Entwicklungszone IV).

Eigenbetrieb

Sondervermögen der Landeshauptstadt Magdeburg ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Nach außen werden die rechtlichen Handlungen des jeweiligen Eigenbetriebes der Stadt zugerechnet. Das entsprechende Pendant bei Bundesländern ist der Landesbetrieb.

EONIA

EONIA ist die Abkürzung für Euro Overnight Index Average. Darunter versteht man den Durchschnittssatz für Tagesgelder im Interbankengeschäft, der seit April 1999 von der EZB auf Basis effektiver Umsätze berechnet wird.

EURIBOR

EURIBOR (Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, zu dem europäische Banken untereinander Einlagen mit festgelegter Laufzeit innerhalb Europas anbieten. Er gilt seit 1999 und wird täglich berechnet. Es gibt Euribor-Sätze von 1 Woche bis zu 12 Monaten.

EZB

Die Europäische Zentralbank (EZB; engl. European Central Bank, ECB; frz. Banque Centrale Européenne, BCE) ist die gemeinsame Währungsbehörde der Mitgliedsstaaten der Europäischen Währungsunion und bildet mit den nationalen Zentralbanken der EU-Staaten das Europäische System der Zentralbanken. Sie wurde 1998 im Rahmen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion gegründet und hat ihren Sitz im Eurotower in Frankfurt am Main. Die Arbeit und die Aufgaben der EZB wurden in dem im Jahre 1992 in Maastricht geschlossenen Vertrag über die Europäische Union sowie in verschiedenen Protokollen geregelt. Die EZB ist eine Institution, welche für die Überwachung des Bankensystems und

für die Regulierung der Geldmenge im Euro-Raum zuständig ist. Zentralbank der Bundesrepublik Deutschland ist die **Deutsche Bundesbank**.

Fed

Das **Federal Reserve System**, oft auch **Federal Reserve** oder **Fed** genannt, ist das Zentralbank-System der USA, das allgemein auch **US-Notenbank** genannt wird. Es besteht aus dem **Board of Governors**, zwölf regionalen **Federal Reserve Banks** und einer Vielzahl von Mitgliedsbanken und anderen Institutionen. Da die Mitgliedsbanken gleichzeitig die Eigentümer der Federal Reserve sind, das Direktorium aber vom US-Präsidenten ernannt wird, ist das Federal Reserve System teils privat und teils staatlich strukturiert.

Hedgefonds

Ursprünglich wurden Hedgefonds gegründet, um Investoren gegen bestimmte Risiken abzusichern. Der Name leitet sich vom englischen Wort für das Absichern „hedging“ ab. Mittlerweile haben diese speziellen Investmentfonds mit einer Absicherung nicht mehr viel zu tun – im Gegenteil: Meist zeichnen sich Hedgefonds durch eine besonders riskante Anlagestrategie aus. Sie spekulieren mit Optionsscheinen und mit Termingeschäften auf bestimmte Kursbewegungen oder verkaufen Positionen, die sie gar nicht besitzen (die sog. „Leerverkäufe“).

Inflation

Die Inflation (lat. „Sich-Aufblasen“, „Aufschwellen“) bezeichnet in der Volkswirtschaftslehre eine allgemeine Erhöhung der Güterpreise, gleichbedeutend mit einer Minderung der Kaufkraft des Geldes.

Liquiditätskredite

Liquiditätskredite dienen zur Überbrückung von Liquiditätsengpässen und nicht zur Finanzierung des Haushaltes bzw. der Wirtschaftspläne. Liquiditätskredite sind damit zwar Verbindlichkeiten, aber keine Kredite im haushaltsrechtlichen Sinne.

KfW

Die KfW Bankengruppe oder KfW (früher Kreditanstalt für Wiederaufbau) ist eine Anstalt des öffentlichen Rechtes. Die Aufgabe der KfW besteht in der Realisierung von öffentlichen Aufträgen, wie der Förderung von Mittelstand und Existenzgründern, der Gewährung von Investitionskrediten an kleine und mittlere Unternehmen sowie der Finanzierung von Infrastrukturvorhaben und Wohnungsbau, der Finanzierung von Energiespartechiken und der kommunalen Infrastruktur. Weitere Betätigungsfelder sind Bildungskredite, Export- und Projektfinanzierung sowie der Bereich Entwicklungszusammenarbeit.

Konjunkturprogramm II (KP II)

Das Konjunkturprogramm II bzw. Konjunkturpaket II (Der vollständige Name ist : *„Pakt für Beschäftigung und Stabilität in Deutschland zur Sicherung der Arbeitsplätze, Stärkung der Wachstumskräfte und Modernisierung des Landes“*) wurde im Jahr 2009 von der Bundesregierung beschlossen, um Auswirkungen der internationalen Finanzkrise auf die Realwirtschaft zu mildern und die schwere Rezession im Winterhalbjahr 2008/2009 zu überwinden. Es schloss sich an das frühere Konjunkturpaket vom November 2008 (später als *„Konjunkturpaket I“* bezeichnet) an, hatte aber einen größeren Umfang. Das Land Sachsen-Anhalt erhielt vom Bund 356 Mio. EUR und förderte mit einem Eigenanteil in Höhe von 119 Mio. EUR Investitionen der Kommunen in Höhe von 475 Mio. EUR.

Kredit

Das unter der Verpflichtung zur Rückzahlung von Dritten oder von Sondervermögen mit Sonderrechnung aufgenommene Kapital mit Ausnahme der Liquiditätskredite.

Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt (LVwA)

Das Landesverwaltungsamt ist als mittlere Verwaltungsbehörde das Bindeglied zwischen der Landesregierung und der kommunalen Ebene.

Dabei ist es für eine Vielzahl von Einzelaufgaben zuständig, entweder in erster Instanz oder als Fachaufsicht und Widerspruchsbehörde. Auf Beschluss des Landtages von Sachsen-Anhalt wurde das LVwA am 01.01.2004 gebildet und hat seinen Hauptsitz in Halle (Saale). Nebenstellen sind Dessau-Roßlau und Magdeburg.

Leitzins

Unter Leitzins versteht man den von der zuständigen Zentralbank festgelegten Satz zur Steuerung des Geld- und Kapitalmarktes. Er legt denjenigen Zinssatz fest, zu dem sich Geschäftsbanken bei einer Zentral- oder Notenbank gegen Verpfändung notenbankfähiger Sicherheiten oder unter Eingehung eines Wertpapierpensionsgeschäftes Zentralbankgeld beschaffen können. Wichtigste Sätze sind beispielsweise der Mindestbietungssatz des **Hauptrefinanzierungsinstrumentes** der Europäischen Zentralbank, die **Repo Rate** der Bank of England und die nominale **Federal Funds Rate** der amerikanischen Fed. Diese geldpolitischen Instrumente werden u.a. deshalb als Leitzinsen bezeichnet, weil ihnen ein großer Einfluss auf den gesamten Refinanzierungsmarkt und damit auf die Liquidität im jeweiligen Währungsraum beigemessen wird. In Deutschland historisch relevante Leitzinssätze waren der Diskontsatz, zu dem die Geschäftsbanken Wechsel bei der Zentralbank rediskontieren konnten, sowie der Lombardsatz, zu dem Wertpapiere bei der Zentralbank verpfändet wurden. Mit dem Übergang der Zuständigkeit für die Geldpolitik auf die EZB gibt es keinen Diskontsatz mehr. Dieser wurde mit Wirkung vom 01.01.1999 durch den **Basiszinssatz** nach dem Diskontsatz-Überleitungsgesetz abgelöst. Seit Mitte der 1980er Jahre, spätestens jedoch mit der Übernahme der Zentralbankgeschäfte durch die EZB, setzten sich die Offenmarktgeschäfte im Euroraum durch und lösten den Lombardsatz als wichtigsten Leitzins ab. Offenmarktgeschäfte sind die wichtigsten Instrumente der EZB und bilden den Mittelpunkt der Geldpolitik. Sie dienen zur Steuerung der Zinsen, der Liquiditätslage und zum Aufzeigen des geldpolitischen Kurses. Durch die Offenmarktgeschäfte erhalten die Geschäftsbanken den Großteil ihres Geldes gegen Verpfändung von Sicherheiten. Wichtige Leitzinsen der EZB sind der **Einlagesatz**, der **Hauptrefinanzierungssatz**, der **Spitzenrefinanzierungssatz**.

Nettokreditaufnahme

Bruttokreditaufnahme abzüglich der Tilgung.

Pro-Kopf-Verschuldung

Die Verschuldung je Einwohner auf der Basis des Kreditvolumens zum 31.12. und des Einwohnerstandes zum 31.12. eines Jahres.

PPP

Als Public Private Partnership (Abkürzung PPP), auch Öffentlich-Private Partnerschaft (ÖPP), wird die Mobilisierung privaten Kapitals und Fachwissens zur Erfüllung staatlicher Aufgaben bezeichnet.

Schattenbanken

Als Schattenbanken werden diejenigen Akteure und Aktivitäten auf den Finanzmärkten bezeichnet, die bankähnliche Funktionen (insbesondere im Kreditvergabeprozess) wahrnehmen, aber keine Banken sind und somit nicht der Regulierung für Kreditinstitute unterliegen. Regulierte Kreditinstitute können manche Geschäfte an spezialisierte Schattenbanken auslagern und so – durchaus legal – Regulierungsmaßnahmen umgehen.

Schulden

Zahlungsverpflichtungen aus Kreditaufnahmen und ihnen wirtschaftlich gleichkommenden Vorgängen sowie aus der Aufnahme von Liquiditätskrediten.

STARK II

Das Förderprogramm „Sachsen-Anhalt STARK II“ ist ein Beitrag des Landes Sachsen-Anhalt zum Schuldenabbau der Kommunen mit dem Ziel, langfristig finanzielle Freiräume durch nachhaltige Entlastung beim Schuldendienst zu schaffen und die Wiederherstellung einer dauerhaften Leistungsfähigkeit zu sichern. Die Investitionsbank S-A bietet im Auftrage des Landes das zinsverbilligte Teilentschuldungsprogramm STARK II an. In der Umsetzung löst sie im Rahmen des Förderprogrammes bei den jeweiligen Kreditinstituten die Darlehen bis zur vollen Höhe des Ablösebetrages ab und gewährt der Kommune entsprechende Annuitätendarlehen für die um 30 % minimierten Restdarlehen mit einer Laufzeit von 10 Jahren. Die Darlehensvergabe erfolgt zu einem verbilligten Zinssatz, der zu jeder Ablösung/Umschuldung entsprechend der Marktlage festgesetzt wird. Die Ablösungen erstrecken sich über einen Zeitraum von 2010 bis 2015 (zuletzt im Jahr 2015 mit einem Zinssatz in Höhe von 1,3 Prozent).

Swap

Der Begriff kommt aus dem Englischen („to swap“) und bedeutet tauschen. Ein Zinsswap-Geschäft dient zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken und ist die Vereinbarung zwischen zwei Parteien zum Austausch von (Zins-) Zahlungsströmen über eine bestimmte Laufzeit zu festgelegten Daten in der Zukunft und zu vorgängig fixierten Bedingungen.

Tilgung

Die ordentliche Tilgung ist die Leistung des im Haushaltsjahr zurückzuzahlenden Betrages bis zu der in den Rückzahlungsbedingungen festgelegten Mindesthöhe. Die außerordentliche Tilgung ist die über die ordentliche Tilgung hinausgehende Rückzahlung einschließlich der Umschuldungen.

Umschuldung

Umschuldung ist die Ablösung von Krediten durch andere Kredite.

Zinsanhebung

Die Erhöhung des Leitzinses deutet auf eine einschränkende Geldpolitik hin. Diese dient dazu, bei einem robusten Wirtschaftswachstum, die damit wachsende Inflationsgefahr einzudämmen.

Bei einer Zinsanhebung geben Kreditinstitute ihre damit verbundenen gestiegenen Kosten an ihre Kunden weiter. Dies schlägt sich in gestiegenen Kredit- und Guthabenzinsen nieder. Demzufolge müssen Kreditnehmer für Geldanleihen mehr aufwenden und Sparer können mit höheren Zinsen rechnen. Letztlich wird das Investitionsvolumen der Unternehmen eingeschränkt und Verbraucher sparen mehr, als dass sie Kredite aufnehmen. Außerdem werden Anleihen aufgrund der besseren Verzinsung gegenüber Aktien interessanter, da deren Kurse langsamer fallen bzw. steigen. Den positiven Folgen einer Leitzinserhöhung steht somit eine Einschränkung des Wirtschaftswachstums gegenüber.

Zinssenkung

Die Senkung des Leitzinses weist auf eine ausweitende Geldpolitik hin. Diese hat den Zweck, Kredite zu verbilligen und die Konjunktur zu beleben. Für Unternehmen wird demnach die Finanzierung von Investitionen günstiger, wodurch insgesamt mehr investiert und die Wirtschaft angekurbelt wird. Auch für Verbraucher verbilligen sich die Kredite, was wiederum das Konsumverhalten belebt. Der Aktienhandel erlebt in der Regel ebenfalls einen Aufschwung. Im Gegenzug lohnen sich Spareinlagen aufgrund der fallenden Zinsen jedoch weniger. Da sich mit einer Änderung des Leitzinses auch die Differenz zu dem Zins anderer Länder verändert, die Zinsschere also größer oder kleiner wird, werden auch die jeweiligen Landeswährungen beeinflusst. So wirkt sich eine Zinssenkung in den USA negativ auf den Dollar und positiv auf den Euro aus. Zinsniveauänderungen haben damit auch einen Einfluss auf den Im- und auf den Export.

Notizen

Notizen
